

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 22

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat: Westeuropa-Uni in der Waage

Stipendien sind praktisch unbestritten, aber eigene Universität: Petitpierre – Freundlich Vielleicht; Tschudi – Bestimmt Nein

Der Bundesrat fasst seine Beschlüsse kollektiv, aber nicht alle Bundesräte vertreten denselben Standpunkt. Die zwei bisherigen bündesrätlichen Antworten über Unterstützung der Studenten aus neuen Ländern im Parlament haben das gerade letzte Woche wieder gezeigt.

Bundesrat Petitpierre äusserte zwar am 14. Juni Bedenken (siehe S. 1) gegen die Idee einer eigenen Universität Westeuropas, nahm den Gedanken aber mit bemerkenswerter Wärme zur Prüfung entgegen.

Bundesrat Tschudi war am nächsten Tag zwar für Stipendien, fertigte aber den Gedanken an die Universität kurz und bündig ab.

ROTCINA: RADIO UND TV SIND KEINE KONSUMGÜTER

Industrie zur Massenlenkung wird jetzt stark gefördert

Rotchina ist daran, eine eigene Radio- und Fernsehindustrie aufzubauen, da nur so der politische Druck der Regierung das ganze Land durchdringen kann. Daher stehen die Produktionszahlen der Radioindustrie, die im Ausland irrtümlicherweise als «Konsumgüter»-Industrie bezeichnet wird, weit an der Spitze der Konsumgüterproduktion.

Hauptsitze der Radioindustrie sind Peking, Schanghai, Tientsin, Harbin, Kanton und Nanking. Unter den Marken befinden sich sehr gute Apparate, so der 6-Röhren-«Phoenix» und der 9-Röhren-«Peony» mit Druckknopfwählern. Auch ein Grossapparat mit Mikrofon und Aufnahmegerät wird verkauft. Als Käufer treten neben Privaten hauptsächlich Dorfgossenschaften und Betriebe auf. Nach rotchinesischen Quellen produzierten die Fabriken, die meist zwischen 1950 und 1956 gebaut wurden, im Jahre 1958 bereits 1,2 Millionen Empfänger, von denen 650 000 an Private verkauft wurden. Das Planziel für 1959 (noch unbestätigt) war 1,5 Millionen Empfänger.

Es ist nicht bekannt, ob Rotchina bereits Transistorenapparate fabriziert. Hingegen wurde 1958 die Serienproduktion von Fernsehapparaten aufgenommen. 1959 kam der erste Mittelklassenapparat heraus, der nach rotchinesischen Quellen den entsprechenden japanischen Apparaten überlegen sein soll.

1958 begann ebenfalls das Studio Peking als erstes in Rotchina mit Fernsehsendungen. Seither entstanden Studios in Schanghai, Kanton, Harbin und Tschangtschun.

Er beantwortete eine Intervention Guisan im Nationalrat über die bisherige — ungenügende — Leistung für Studenten aus Entwicklungsländern. (Zu dem auf Seite 1 erwähnten Aktionen über Entwicklungshilfe kommen nun obige Intervention Guisan, dann eine Interpellation Bürgi, St. Gallen, Grendelmeier, Zürich, Schmidheiny, St. Gallen, und Rohner, St. Gallen, hinzu.) «Was die Schweiz auf diesen Gebieten unternimmt», sagte Bundesrat Tschudi in seiner Antwort, «ist bescheiden, zu bescheiden... Immerhin (wurde) dieser Tage in meinem Departement der Entwurf zu einer Botschaft an die Räte über die Gewährung von Stipendien an Studenten aus Entwicklungsländern fertiggestellt.»

Er fuhr fort: «Ich muss Ihnen allerdings sagen: Wir teilen die Auffassung nicht, die in der Eingabe der bernischen Studenten zum Ausdruck gebracht wurde, wonach diese Unterstützung einer zukünftigen europäischen Universität gewährt werden soll, sondern wir glauben, dass durchaus die Möglichkeit besteht, an unseren... Universitäten Studenten aus Entwicklungsländern auszubilden.»

OSTEUROPAS WIRTSCHAFTSINTEGRATION

Der Komekon entwickelt sich und beweist: Ob Ost, ob West ohne Kommissionen scheint es nun einmal nicht zu gehen

Eines der Ziele der sowjetischen Wirtschaftsplaner ist, innerhalb des Ostblocks die Konkurrenz weitgehend auszuschalten und ein Instrument totaler Zusammenarbeit zu schaffen. In letzter Zeit wird die Ostpresse vermehrt eingespannt, um der Bevölkerung der Oststaaten zu beweisen, dass dem in der Tat auch so ist.

Der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» («Komekon», KB, 3. Februar), dessen Wirken gerade im Osthandel spürbar zu werden beginnt, soll der Öffentlichkeit nähergebracht werden. Im Vergleich zu westlichen Integrationsbehörden ist er viel straffer organisiert. von folgenden ständigen Organen ausgearbeitet werden:

Erstens vom Ständigen Sekretariat in Moskau; dann vom Rat der ständigen Delegierten (jedes Land hat einen ständigen Vertreter in Moskau); schliesslich von den ständigen Kommissionen, deren Sitze auf die verschiedenen Hauptstädte der Teilnehmerstaaten verteilt sind (wobei die wichtigsten in Moskau bleiben):

1. Kommission für technische Zusammenarbeit, eine eigentliche Oberkommission unter direkter Leitung des Generalsekretärs, Sitz Moskau.

2. Kommission für wirtschaftliche Probleme, Sitz Moskau.

3. Kommission für Außenhandel, Sitz Moskau.

Soweit die allgemeinen Kommissionen; weiter folgende Branche-Kommissionen:

4. Eisenverhüttung, Sitz Moskau.

5. Verhüttung von Buntmetallen, Sitz Budapest.

6. Kohlenindustrie, Sitz Warschau.

7. Elektrizität, Sitz Moskau.

8. Öl- und Gasindustrie, Sitz Bukarest.

9. Chemie, Sitz Berlin.

10. Maschinenbau, Sitz Prag.

11. Leicht- und Lebensmittelindustrie, Sitz Prag.

12. Bauwesen, Sitz Berlin.

13. Verkehr und Transport, Sitz Warschau.

14. Landwirtschaft, Sitz Sofia. Daneben arbeitet eine selbständige Arbeitsgruppe für Geologie.

Die Errichtung einer Kommission für Atomenergie ist vorgesehen. Sie soll sich mit der friedlichen Verwendung der Nuklearenergie befassen. Sitz, natürlich: Moskau.

Ein neuer Name für die Zensur in Ungarn

Das Informationsbüro der Regierung kontrolliert ganz einfach Auflage, Lizzenzen, Papierzuteilung und Journalisten

Die ungarische Regierung hat mit einem Beschluss vom 7. Juni der Zensur, die sich nicht als solche offen aufziehen kann, ein verfassungsmässig erlaubtes Gewand angezogen.

Der Regierungsbeschluss Nummer 1012 umschreibt die Aufgaben der «Informationsbüros der Regierung»:

1. Ihm obliegt der staatliche Informationsdienst, die Mitteilung wichtiger Ereignisse an die Presse und die Sorge dafür, dass die Presse an diesen Ereignissen vertreten ist.

2. Das Büro übt alle staatlichen administrativen Funktionen der Presse gegenüber aus, wie Gewähren von Lizzenzen, Erlaubnis zum Vertrieb, Kontrolle der Papierkontingente und deren Zuteilung.

3. Die Regierung ernennt den Leiter des Informationsbüros. Er ernennt seine Mitarbeiter.

4. Der Landesverband der ungarischen Journalisten und alle anderen ähnlichen Verbände,

werden unter die Kontrolle des Büros gestellt.

Da die ungarische Verfassung in ihrem Wortlaut die Pressefreiheit garantiert, konnte die Regierung dem neuen Organ — dessen Funktionen schon heute weitgehend durch andere Stellen ausgeübt werden — nicht den Namen «Zensur» geben, der definitionsmäßig der Verfassung widersprochen hätte.

Das «Informationsbüro» ist aber nichts anderes als die zentrale Zensurbörde, die unter anderem Namen in ein Büro zusammengefasst wurde. Durch die Papierzuteilung und die Kontrolle über den Journalistenverband, den Vertrieb und die Lizzenzen hat es alle Mittel in der Hand, die Presse nach seinem Willen zu lenken.

TIBETER FLIEHEN WEITER VOR ROTCHINAS TERROR

Die Flucht der Tibeter nach Indien dauert an, trotz starken militärischen Massnahmen der Rotchinesen. Der Polizeiminister Westbengalens schätzt, dass im Mittel 100 bis 150 Flüchtlinge pro Monat, meist via Nepal, eintreffen. Eine Schätzung ist schwierig, weil viele Flüchtlinge zuerst eine Zeitlang im schlecht kontrollierten Grenzgebiet untertauchen. Die meisten kommen zu Fuß über Pässe, die über 4000 Meter hoch liegen.

Unser Memorandum

Hinter der Absage des japanischen Regierungschefs Kishi an USA-Präsident Eisenhower liegt nicht das Schwanken eines eingeschüchterten Politikers, sondern wirkliche Angst um das Leben nicht nur des amerikanischen Präsidenten, sondern um die Sicherheit des japanischen Kaisers selbst. Nachdem Pressesekretär Hagerty als Versuchskaninchen die Demonstranten dazu gebracht hatte, ihre Karten aufzudecken, hoffte die japanische Regierung, die öffentliche Meinung werde eindeutig gegen solche Methoden Stellung nehmen. Das geschah auch, und Sprecher der «SOHYO»-Gewerkschaften wie der linksextremen «Zengakuren»-Studenten erklärten, sie würden «friedlich» demonstrieren, ein Gast des Landes dürfe nicht behelligt werden. Die Regierung ihrerseits ordnete die Konzentration von 25 000 Polizisten (16 000 aus der Provinz) in Tokio an. Kaiser Hirohito persönlich würde Eisenhower in einem kugelsicheren Wagen abholen. Doch zwei Dinge änderten daraufhin die Lage: Die Polizei machte darauf aufmerksam, wie diszipliniert die Demonstranten ihren Anführern gehorcht hatten. Sie waren der Meinung, solche geschulten Stosstrupps könnten auch gegen den besten Sicherheitsdienst vorgehen. Besonders aber manifestierten die «Zengakuren»-Studenten unmittelbar nach der beruhigenden «Rückzugserklärung» ihrer Leitung wiederum und besonders heftig. So kam die Regierung zur Überzeugung, dass hinter der eigentlichen Leitung der demonstrierenden Organisationen andere Kräfte am Werk waren, die schlimmstenfalls sogar etwas gegen die persönliche Sicherheit des Gastes unternehmen könnten. Da Pekings unbedingte Befürwortung eines Konflikts langsam überall bekannt wird (KB, 15. Juni) und der japanische Kaiser nicht mehr von seinem nunmehr geäußerten Plan, den Gast persönlich abzuholen, abgehen konnte, war die Lage ernst: Es war nicht abzusehen, bis wohin die offensichtlich an keine innenpolitische Rücksicht gebundene

nen Anführer der Demonstranten gehen würden. So fand die japanische Regierung, eine aussenpolitische Ohrfeige an die USA und eine innere Krise seien tragbarer als die Ermordung des Kaisers und des Präsidenten der USA in Tokio.

Curriculum der Woche

JOSIF JOSIFOWITSCH KUSMIN

Neuer Botschafter der UdSSR in Bern. Geboren 1910 in Astrachan, Vater Angestellter. Lehre als Tischler, arbeitete auch als Schlosser. 1930 KP, 1931 am Institut für Wassertransportingenieure, Leningrad, als Schüler; 1932 Budjonny-Militärakademie, Elektronik; Ingenieur, dann stellvertretender Leiter Scheinwerferfabrik Moskau, 1938 auch Parteisekretär der Zelle daselbst, 1940 Bevollmächtigter der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU für das Gebiet Kujbischeschew. Bis 1946 stellvertretender Vorsitzender dieser Kommission. Nach dieser Parteiarbeit Rückkehr zur Wirtschaft und Technik: 1947 bis 1950 Mitglied, bis 1952 stellvertretender Vorsitzender Büro für Landwirtschaft beim Ministerrat der UdSSR, 1952/53 stellvertretender Leiter, Abteilung Industrie und Transport des ZK der KPdSU, 1953/54 Leiter dieser Abteilung. 1954 bis 1957 Leiter, Abteilung Maschinenbau des ZK der KPdSU (also immer mit Parteikontrolle der Stelle, Vertrauensposten). Daneben 1956 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU. 1957/58 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, auch 1957 Vorsitzender Gosplan (zentrale Staatsplanung). 1957 und 1958 Deputierter des Obersten Sowjets der Sowjetunion, 1958 stellvertretender Vorsitzender Ministerrat UdSSR, Juni 1960 Botschafter in der Schweiz. Ernennung wahrscheinlich eher wegen Wichtigkeit von Genf als Verhandlungsort europäischer Wirtschaft, Uno-Sitz, Efta-Zentralstelle, als wegen der Bundesstadt Bern.

kurz

Jugoslawien hat bei der albanischen Regierung gegen die jüngsten Verunglimpfungen protestiert. («Borba», 12. Juni.)

Die bulgarischen Komsomolzen (Parteijugend) gründeten eine «Bewegung für die mustergültige Bewachung der Landesgrenzen» als Ausdruck ihrer «grenzenlosen Ergebenheit gegenüber der geliebten Partei». («Narodna Mladez», 3. Juni.) Die bulgarische Reklame soll «in Einklang mit der beschleunigten Entwicklung der Wirtschaft» gebracht werden. Sie soll «eine Harmonie für das Auge zeigen und ferner politisch zielbewusst sein». («Rabotnitschesko Delo», 5. Juni.)

«Borba», Belgrad, publizierte als einzige führende Zeitung eines kommunistischen Staates eine Würdigung des Werkes von Pasternak zum Tode des Dichters, jedoch ohne Kommentar zur politischen Bewertung seines Werkes. (1. Juni.)

Cyrus Eaton, amerikanischer Millionär und Freund Chruschtschews, erklärte in Ungarn, bei den Wahlen in den USA würden die Demokraten die Mehrheit erhalten und «den osteuropäischen Volksdemokratien gegenüber eine Politik der Freundschaft einleiten». («Nepszabadság», 31. Mai.)

Kaiser Haile Selassie eröffnete Ende Mai eine sowjetische Industrieausstellung. Der Chef der Sowjetdelegation, Lesetschko, erklärte, ihr Zweck sei, dem Volk Äthiopiens die Erfolge der 42 Jahre des Sowjetstaates zu demonstrieren. («Prawda», 28. Mai.)

Der Kleine sollte beginnen was die Grossen nicht tun

Westlichen Reisenden im kommunistischen Osten fällt immer wieder das trostlose Schmutzgrau auf, das sich wie ein Vorhang unendlicher Traurigkeit auf alles gesenkt hat — selbst auf die Gesichter der Menschen. Mangelnde Sorgfalt in der Aufrechterhaltung der öffentlichen — und privaten — Sauberkeit, Gleichgültigkeit den Bürgerpflichten gegenüber, ständige Fälle von Vandalismus müssen durch «erhöhte Parteidisziplin», «Wachsamkeit» und Aufrufe zur Denunzierung von «Schädlingen» (z.B. in den ostdeutschen Bahnen) bekämpft werden. Wie wenig solche öffentliche Aufrufe zu Ordnung und Sauberkeit angesichts der allgemeinen Nachlässigkeit fruchten, verrät diese typische Karikatur aus «Dziennik Zachodni» in Katowice (Polen); übrigens wäre eine solche Selbstverspottung in der Presse eines anderen Satelliten kaum vorstellbar:



«He — Sie da! Sie haben einen Stummel auf die Strasse geworfen!»

BRIEFE

Parallele mit Vorbehalt

Glauben Sie nicht auch, dass wir heute in der Situation des Sommers 1938 stecken? Chruschtschew ist offenbar weder ein Lenin, noch ein Stalin, sondern ein Hitler oder Mussolini. Es bleibt mir die Hoffnung, dass ich unrecht habe.

HANS BICKEL, BERN

Der Sommer 1938 war gekennzeichnet durch Aggressionsabsichten auf der einen und mangelnde Entschlossenheit, ungenügende Information und bequemes Denken auf der andern Seite. Der Sommer 1960 ist gekennzeichnet durch Aggressionsabsichten auf der einen Seite — und an uns ist es, die Fehler der andern Seite nicht zu wiederholen.

Red.

Genau das

(Mit direktem und indirektem Osthandel aufräumen) ist erst ein kleiner Anfang. Wir müssen ... Zeit und Geld in einer Neuordnung der Welt ... investieren, die als Grundlagen hohe moralische Prinzipien, Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit hat ... Deshalb halte ich so grosse Stücke auf Ihrem «Klaren Blick». Er ist nicht nur antikommunistisch. Das genügt bei weitem nicht. Er klärt auf...

PAULUS STUTZ-ALBRECHT,
AFFOLTERN a. A.